



23.10.2012 | Gesundheit: Ministerin Steffens: Landesregierung beschließt Errichtung fünf neuer Maßregelvollzugskliniken - Therapie der beste Schutz vor kranken Straftäterinnen und Straftätern

Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Um die Therapie psychisch kranker und suchtkranker Straftäterinnen und Straftäter auch künftig in Nordrhein-Westfalen sicher stellen zu können, hat die Landesregierung die Errichtung von fünf neuen Maßregelvollzugskliniken beschlossen. Sie sollen dort gebaut werden, wo nach derzeitiger Bedarfsberechnung die meisten Klinikplätze fehlen.

"Die Zahl der Maßregelvollzugspatientinnen und -patienten hat sich in den vergangenen zehn Jahren um zwei Drittel erhöht und wird weiter steigen. Deshalb brauchen wir bis 2020 rund 750 zusätzliche Klinikplätze", erklärte Gesundheitsministerin Barbara Steffens heute (23. Oktober 2012) in Düsseldorf. "Psychisch kranke und suchtkranke Straftäterinnen und Straftäter stammen aus allen Teilen unserer Gesellschaft und kommen aus allen Städten und Gemeinden des Landes. Aber nicht alle Regionen sind bislang an der Behandlung und Unterbringung dieser Menschen beteiligt. Deshalb werden die fünf neuen forensischen Kliniken in den Landgerichtsbezirken errichtet, wo die Versorgungslücken am deutlichsten sind. Dies ist auch deshalb notwendig, weil eine wohnortnahe Unterbringung den Therapieerfolg fördern kann", so Steffens weiter.

Gebaut werden neue Kliniken mit jeweils rund 150 Plätzen in folgenden fünf bisher stark unterversorgten Landgerichtsbezirken:

- für den Landgerichtsbezirk Bonn in 51580 **Reichshof**
 - Grundstück: ehemaliges Munitionsdepot der Bundeswehr, Mohrenbacherstraße;
- für den Landgerichtsbezirk Dortmund in 44534 **Lünen**
 - Grundstück: ehemalige Zechenanlage Victoria (Victoria I/II), Zwolle-Allee;
- für den Landgerichtsbezirk Essen in 45721 **Haltern am See**
 - Grundstück: Schachtanlage Auguste-Victoria 9, Lembecker Weg;
- für den Landgerichtsbezirk Münster in 48477 **Hörstel-Dreierwalde**
 - Grundstück: ehemaliger NATO-Flugplatz Hopsten, Uthuiser Straße;
- für den Landgerichtsbezirk Wuppertal in 42285 **Wuppertal-Barmen**
 - Grundstück Müngstener Straße (derzeit noch Polizeiausbildungsstätte).

Bereits im September 2011 hatte die Ministerin alle 125 Städte und Gemeinden in den genannten fünf Landgerichtsbezirken schriftlich über die Notwendigkeit der Errichtung neuer forensischer Kliniken informiert und betont, dass - wie schon im Ausbauprogramm des Jahres

2000 - die regionale Verteilungsgerechtigkeit entscheidendes Kriterium für die Suche und Festlegung der neuen Klinik-Standorte sein wird. Gleichzeitig hatte die Ministerin allen Verantwortlichen der 125 Städte und Gemeinden die Möglichkeit gegeben, am Prozess der Standortsuche mitzuwirken. "Auch wenn die wenigsten Städte und Gemeinden daraufhin gleich selbst Grundstücke für den Bau einer Maßregelvollzugsklinik angeboten haben, so hat doch die Mehrheit zu erkennen gegeben, dass sie die Notwendigkeit dieser Maßnahme und die daraus resultierende gesamtgesellschaftliche Verantwortung sieht", bilanziert die Ministerin. "Klar ist: Der beste Schutz vor kranken Straftäterinnen und -tätern bleibt die Therapie", so Steffens.

Da die Ankündigung der Errichtung weiterer forensischer Kliniken trotz der bekannten Notwendigkeit in Teilen der Bevölkerung Unsicherheit auslösen und Fragen aufwerfen kann, hat die Landesregierung für Fragen von Bürgerinnen und Bürgern eine (kostenlose) **Telefonhotline** eingerichtet. Sie ist ab sofort unter der Rufnummer **0800 137 7 137 montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr** zu erreichen.

Darüber hinaus bietet das Gesundheitsministerium umfangreiche **Informationen** sowohl im Internet unter www.mgepa.nrw.de als auch mit einer aktuellen **Broschüre "Neue forensische Kliniken = mehr Sicherheit. Daten, Fakten und Stimmen zum Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen"** an, die telefonisch unter 01803 100 110 (9 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Minute aus dem Mobilfunknetz) unter Angabe der Veröffentlichungsnummer 111 oder im Internet unter www.mgepa.nrw.de/ministerium/service bestellt werden kann. Darin nimmt beispielsweise auch eine einstmals wegen des Baus der forensischen Klinik in Duisburg besorgte Bürgerin Stellung. Sie erklärt: "Das Wort Forensik, das war für mich ein 'Angstwort'. Jetzt bin ich im Beirat der Klinik und muss sagen, dass die Forensik inzwischen Normalität ist. Sie hat viele Arbeitsplätze geschaffen, und man wird auch immer wieder informiert, was dort geschieht. Man muss davor wirklich keine Angst haben."

Auch an den neuen Forensik-Standorten wird es Planungsbeiräte geben, in denen sich Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zum Beispiel in die Bauplanung, Organisation und Konzeption der Kliniken mit ihren Fragen und Anregungen einbringen können. Über die Besetzung der Planungsbeiräte entscheiden die Kommunen und Kreise vor Ort.